

...Wir gehen davon aus, daß es an der Universität einen seit langem bestehenden Zwiespalt zwischen Naturwissenschaften und Medizin auf der einen und Gesellschaftswissenschaften auf der anderen Seite gibt. Es macht uns betroffen, daß dieser Zwiespalt infolge des Abwicklungsbeschlusses extrem verstärkt wurde. Wir konstatieren, daß es zur Abwicklung an der Universität nur in einem Punkt übereinstimmende Auffassungen gibt: Quer durch alle Bereiche und Sektionen wurden die Art des Zustandekommens des Beschlusses, seine Bekanntgabe über die Presse und juristische Schlampeigkeiten bei der Ausarbeitung kritisiert.

Inhaltlich und bezüglich der politischen Intention des Beschlusses gibt es divergierende Auffassungen sowohl im Lehrkörper als auch in der Studentenschaft. Dies akzeptieren wir ausdrücklich. Gegen die Abwicklung werden inhaltliche, formale, juristische und politische Vorbehalte geltend gemacht...

Für die Abwicklung spricht, daß im vergangenen Jahr viel zu wenig an substantiellen Veränderungen an den nunmehr abzuwickelnden Einrichtungen initiiert und realisiert wurde. Die Befürworter der Abwicklungsentscheidung meinen, daß der Abwicklungsbeschluß eine Chance für die Erneuerung bietet, die auf keinen Fall bekämpft, sondern positiv gestaltend genutzt werden sollte...

Der StudentInnenrat schließt sich den Stellungnahmen des Rektoratskollegiums, des Senats und des Stadtpräsidenten Magirus zu den Protestaktionen eines Teils der KMU-Studenten an...

Die Protestaktionen wurden vorrangig durch die von der Abwicklung betroffenen Studenten durchgeführt. Sie waren schon deshalb keine Aktionen des Stu-Ras, weil in der letzten Woche vor den Weihnachtsferien keine repräsentative

Erklärung

des STUDENTINNENRATES der
Karl-Marx-Universität Leipzig zur
Abwicklung und den studentischen Protesten
im Dezember 1990/Januar 1991
(Auszüge)

Meinungsbildung des StuRa möglich war.

Gleichwohl wurden die Protestierenden vom StudentInnenrat technisch, materiell und personell unterstützt. Dies aus folgenden Gründen: Die Abwicklung betrifft einen erheblichen Teil der KMU-Studenten (ca. 2500 plus Nebenfächler). Darüber hinaus betrifft sie die Gesamtuniversität, indem sie Fragen bezüglich der Autonomie der Universität und des Verhältnisses von Hochschule und Gesellschaft aufwirft.

Der StuRa schließt sich ausdrücklich der von den protestierenden Studenten im Zusammenhang mit der Abwicklung formulierten Kritik an der Universität selbst an...

Die Wissenschaftler an den nunmehr betroffenen Einrichtungen haben zu wenig getan zur tatsächlichen Neuorientierung ihrer Sektionen und Bereiche...

Wir StudentInnen selbst mußten uns eingestehen, im letzten Jahr viel zu wenig Druck gemacht zu haben, obwohl wir der Faktor hätten sein können, der die Wissenschaftler zu schonungsloser Selbstevaluierung treibt.

Der StuRa begrüßt die ausdrückliche Absicht der protestierenden Studenten, sich sowohl von inhaltlichen, strukturellen und personellen Altlasten auf der einen Seite wie auch von der Art und Weise eines solchen dirigistischen Eingreifens auf der anderen Seite abzugrenzen.

In diesem Zusammenhang bewerten wir es aus unserer Sicht als richtig, daß die Protestaktionen ausdrücklich als studentische Aktionen durchgeführt wurden und die Einbeziehung von Lehrkräften sehr differenziert geschah. So konnte weitgehend der Eindruck vermieden werden, als rufe der pauschalisierende Abwicklungsbeschluß eine ebenso pauschale „Einheitsfront“-bildung von Beharrungs- und Erneuerungskräften hervor.

Wir gehen davon aus, daß mit den in den zahlreichen Gesprächen ausgehandelten Durchführungsbestimmungen zum Abwicklungsbeschluß nun Grundlagen gegeben sind, um vorrangig folgendes zu realisieren:

a, die notwendigen inhaltlichen, strukturellen und personellen Neuorientierungen in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereichen zu erreichen,

b, den Verbleib der fachlich kompetenten, moralisch integren und didaktisch befähigten Hochschullehrer dieser Disziplinen an der Universität zu erreichen,

c, die Voraussetzungen für die Überprüfung der Wissenschaftler an den nicht abzuwickelnden Bereichen zu schaffen.

Nach nicht funktionierender Selbstbestimmung und der nicht zu akzeptierenden Fremdbestimmung sollte die Erneuerung der Universität durch möglichst breite Mitbestimmung vorangetrieben werden. Doch auch die ausgehandelten Durchführungsbestimmungen können in keiner Weise eine solche Art der bevorzugen Einflußnahme rechtfertigen. Erschwert werden können für die Zukunft derartige Eingriffe nur durch eine von Aktivität und Selbstbewußtsein geprägte Universität.

Leipzig, den 10. 1. 1991
StuRa der KMU Leipzig